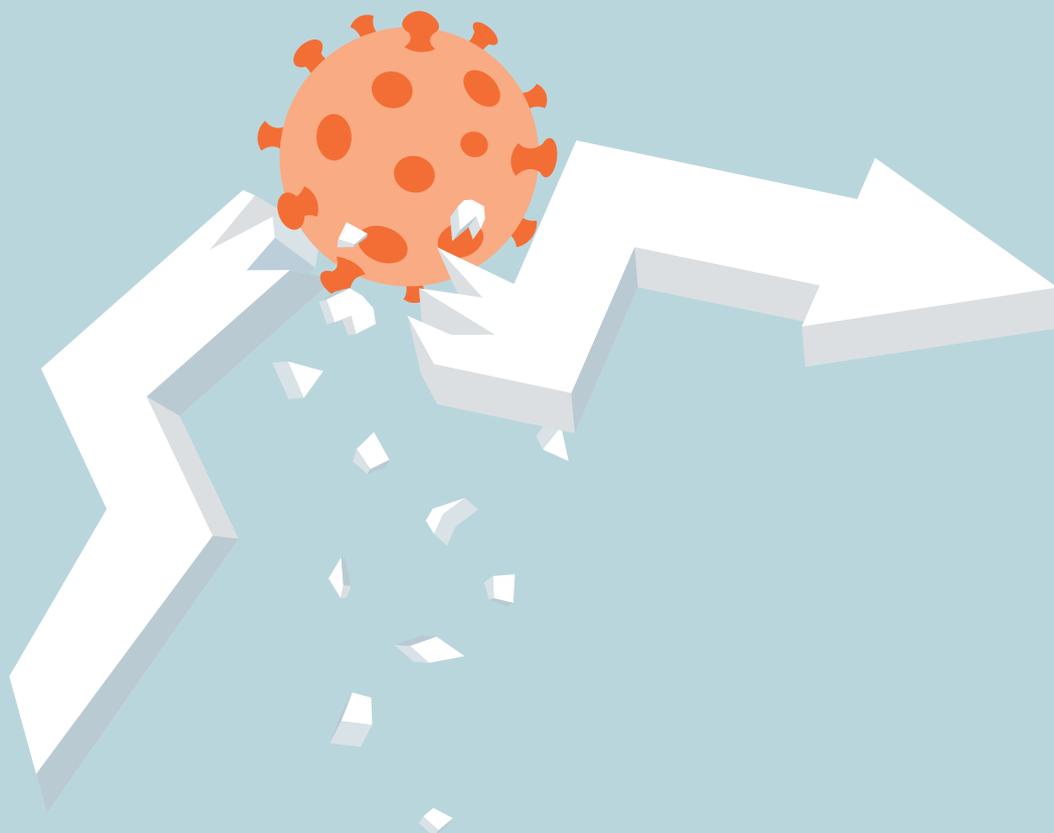


Der Einschlag

IW-Konjunkturprognose. Minus 9 Prozent: Einen so großen Rückgang der Wirtschaftsleistung wie im Jahr 2020 hat es in Deutschland bislang noch nie gegeben. Fast alle großen Volkswirtschaften müssen ähnliche Verluste verkraften und versuchen, die Folgen der Corona-Pandemie unter anderem durch Kurzarbeit aufzufangen – auch wenn jedes Land dabei seinen eigenen Kurs fährt. Was die EU gegen die Corona-Krise tut, erläutert Marco Piantini, Mitarbeiter des EU-Wirtschaftskommissars Paolo Gentiloni, im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-7](#)



MINT-Frühjahrsreport

Noch immer fehlen Fachkräfte im MINT-Bereich. Doch die Corona-Krise macht sich auch hier bemerkbar: Die Zahl der offenen Stellen ist teils drastisch zurückgegangen.

—> [Seiten 8-9](#)

IW-Regionalranking

Zwar dominiert noch immer Bayern das Regionalranking der IW Consult. Aber viele ländliche Regionen in anderen Teilen Deutschlands konnten sich merklich verbessern.

—> [Seiten 14-15](#)

Ein beispielloser Absturz

IW-Konjunkturprognose. Das Coronavirus und seine Folgen treffen die Weltwirtschaft mit einer Wucht, wie es sie bisher noch nicht gegeben hat. Auch für Deutschland wird 2020 deshalb ein schwieriges Jahr: Das Bruttoinlandsprodukt bricht ein, die Arbeitslosigkeit steigt. Zwar wird es 2021 wieder aufwärtsgehen – Voraussetzung ist allerdings, dass es keinen weiteren Lockdown gibt.

Breiter, heftiger und schneller – das ist es, was die Wirtschaftskrise infolge der Corona-Pandemie von bisherigen Konjunkturkrisen unterscheidet. Die Corona-Krise ist weltumspannend, sie lähmt Angebot und Nachfrage gleichzeitig, sie trifft nahezu alle Branchen.

In dieser Gemengelage überrascht es nicht, dass sich die deut-

sche Wirtschaft auf einen langwierigen Anpassungsprozess einstellt. Bei der Unternehmensbefragung, die das IW seit Anfang März wöchentlich durchführt, unterscheiden sich die kurzfristigen Erwartungen der Unternehmen für die kommenden Monate kaum von den langfristigen für 2020 und 2021. Mit anderen Worten: Das Vorkrisenniveau wird

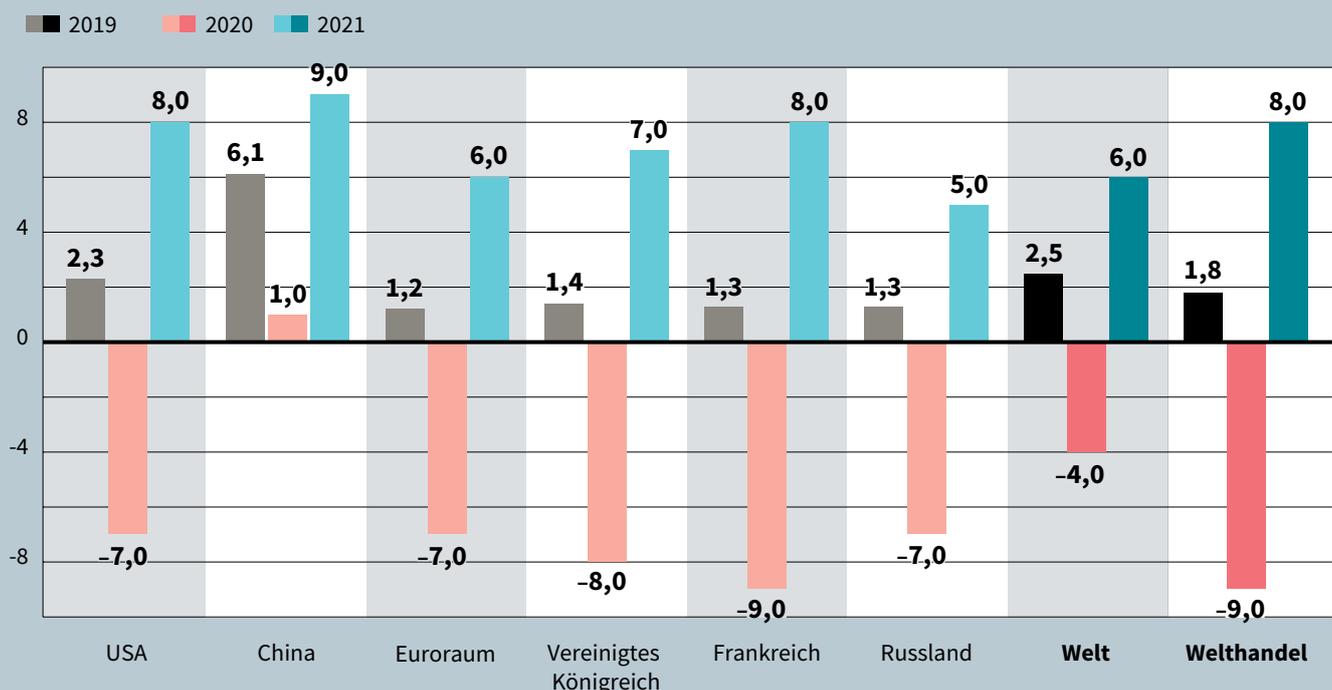
wahrscheinlich erst im dritten oder vierten Quartal 2021 wieder erreicht.

Ein Grund dafür ist die Situation der Weltwirtschaft, die der exportorientierten deutschen Volkswirtschaft zusätzlich zu schaffen macht (Grafik):

Die weltweite Wirtschaftsleistung wird in diesem Jahr um 4 Prozent zurückgehen, der Welthandel sinkt sogar um 9 Prozent.

Konjunkturprognose: Weltweiter Absturz 2020

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Internationaler Währungsfonds, Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Den Einbruch des Welthandels spürt in Deutschland die global vernetzte Metall- und Elektro-Industrie besonders deutlich (Grafik):

Die M+E-Produktion lag im April saisonbereinigt um 37 Prozent unter dem Niveau des ersten Quartals 2020.

Alle M+E-Branchen mussten in diesem Zeitraum ein deutliches Minus verbuchen: von minus 16 Prozent in der Elektroindustrie über minus 29 Prozent bei den Herstellern von Metallerzeugnissen und im Maschinenbau bis zu minus 74 Prozent im Fahrzeugbau. Bei den Auftragseingängen fällt die Bilanz ähnlich negativ aus.

Das zieht die gesamte deutsche Volkswirtschaft nach unten:

Im Jahr 2020 wird das reale Bruttoinlandsprodukt nach der aktuellen IW-Prognose um 9 Prozent zurückgehen.

Vorausgesetzt, dass es keinen neuerlichen globalen Schock gibt, wird die Erholung erst im Herbst 2021 so weit vorangeschritten sein, dass das Produktionsniveau von 2019 wieder erreicht ist.

Weitere Ergebnisse der IW-Konjunkturprognose im Einzelnen:

Außenhandel. Der weltweite Corona-Lockdown wird dem deutschen Exportgeschäft im ersten Halbjahr 2020 stark zusetzen. Preisbereinigt werden die deutschen Ausfuhren im gesamten Jahr um 25 Prozent zurückgehen. Zum Vergleich: Im Jahr der Finanzkrise, also 2009, belief sich das Minus auf 14 Prozent. Zwar wird das Auslandsgeschäft im kommenden Jahr voraussichtlich wieder um 15 Prozent zulegen. Doch damit werden die Exporte noch immer um fast 14 Prozent niedriger ausfallen als 2019.

Investitionen. Die schlechten Export-Aussichten hängen eng mit dem weltweit mauen Investitionsklima zusammen. Wie im Krisenjahr 2009 werden die Ausrüstungsinvesti-

M+E-Industrie: Massiver Produktionseinbruch im April

Entwicklung der Produktion in der Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland, Index: 2015 = 100



Saison- und kalenderbereinigte Quartalswerte

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

tionen in Deutschland 2020 um gut 20 Prozent zurückgehen. Auch die für das zweite Halbjahr dieses Jahres und für 2021 prognostizierte Erholung wird nicht ausreichen, um dieses Minus wettzumachen.

Konsum. Vor allem im Freizeit- und Kulturwesen sowie im Gastgewerbe brechen die Umsätze ein und die Erholungs- oder Nachholeffekte halten sich aufgrund der weiterhin geltenden gesundheitspolitischen Restriktionen in Grenzen.

Die realen Konsumausgaben werden im Jahresdurchschnitt 2020 um 9 Prozent unter dem Niveau von 2019 liegen.

Arbeitsmarkt. Die durchschnittliche Zahl der Kurzarbeiter schätzt das IW für 2020 auf 3,2 Millionen, in der Spitze könnte sie auf sechs bis acht Millionen steigen. Besonders stark betroffen ist die Metall- und Elektro-Industrie. Zwei Blitzumfragen des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall im April und Mai ergaben, dass in den Monaten bei M+E bis zu zwei Millionen Menschen in Kurzarbeit waren.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird im laufenden Jahr um rund 480.000 auf knapp 44,8 Millionen zurückgehen.

Trotz der großen Bedeutung der Kurzarbeit (siehe Seiten 4-5) wird die Arbeitslosigkeit im weiteren Verlauf des Jahres zunehmen:

Die Arbeitslosenquote steigt von 5 Prozent im Jahr 2019 auf 6 ½ Prozent im Jahresdurchschnitt 2020.

Die gute Nachricht: Die Erholung im Jahr 2021 geht mit einer Erhöhung der Erwerbstätigkeit und einem Abbau der Arbeitslosigkeit einher, wodurch ein wesentlicher Teil des Einbruchs wieder wettgemacht wird. Der Stand von 2019 wird allerdings noch nicht wieder erreicht.

IW-Report 25/2020

Hubertus Bardt, Martin Beznoska, Markus Demary, Michael Grömling, Michael Hüther, Jürgen Matthes, Jochen Pimpertz, Holger Schäfer: Gewaltiger Einbruch und nur allmähliche Erholung – IW-Konjunkturprognose Frühlingssemester 2020

iwkoeln.de/konjunkturprognose

Ein Instrument, viele Varianten

Kurzarbeit. Die Corona-Pandemie hat einmal mehr die Kurzarbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument auf den Plan gerufen. Und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen EU-Staaten, wie eine IW-Studie zeigt. Allerdings sind die Leistungen kaum vergleichbar.

Kurzarbeit ist keinesfalls ein neues arbeitsmarktpolitisches Instrument. Im Gegenteil:

Bereits 1910 übernahm das Deutsche Reich die „Kurzarbeiterfürsorge“ für Arbeiter der Kali-Industrie, da der Staat der Branche einen Kapazitätsabbau verordnet hatte.

In den 1970er- und 1980er-Jahren wurde Kurzarbeitergeld dann regelmäßig von der Bauindustrie in Anspruch genommen, wenn Aufträge ausblieben oder das Wetter Arbeit unmöglich machte.

Besonders wichtig und populär wurde Kurzarbeit in der Finanz- und Wirtschaftskrise vor zehn Jahren. Die überstand Deutschland auch deshalb – relativ – gut, weil der Staat den heimischen Firmen umfangreiche Möglichkeiten bot, ihre Mitarbeiter mit Kurzarbeitergeld aus der Kasse der Bundesagentur für Arbeit zu halten, statt sie in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. So war es den Unternehmen nach der Krise schnell möglich, die Produktion wieder hochzufahren – denn sie mussten kaum neue Fachkräfte finden und einarbeiten.

Nach diesen Erfahrungen ist es kein Wunder, dass die Bundesregie-

rung in der Corona-Pandemie schnell umfassende Kurzarbeitsregelungen getroffen hat. Anfangs bekamen kinderlose Mitarbeiter 60 Prozent des ausgefallenen Nettolohns als Kurzarbeitergeld ersetzt und Mitarbeiter mit Kindern 67 Prozent.

Viele andere Staaten haben – sicherlich auch den deutschen Erfolg von vor zehn Jahren im Hinterkopf – ähnliche Regelungen getroffen:

Die Eurofound-PolicyWatch-Datenbank, die eigens für die Covid-19-Krise eingerichtet wurde, listet aktuell knapp 50 Maßnahmen europäischer Staaten auf, um Arbeitsplätze zu sichern.

Das IW hat in einer Studie schon vor Veröffentlichung der Datenbank bedeutende Maßnahmen analysiert. Zentrale Erkenntnis: Es ist nicht sinnvoll, die Leistungen miteinander zu vergleichen oder politische Forderungen aus den Maßnahmen in anderen Ländern abzuleiten (Grafik):

Über die maximale Bezugsdauer betrachtet, kommen Kurzarbeiter in Deutschland auf die vierthöchste Gesamtleistung.

Spanier, Franzosen und Finnen bekommen zwar mehr, doch diese Erkenntnis hilft wenig, denn die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld

unterschiedet sich von Land zu Land stark. So können – Stand Ende März 2020 – Briten und Niederländer zum Beispiel nur für drei Monate mit Unterstützung rechnen, in Deutschland gibt es dagegen zwölf Monate lang Geld, in Ausnahmefällen sogar 21 Monate. Noch länger gewährt Spanien finanzielle Hilfen.

Aber auch andere Aspekte machen den Vergleich staatlicher Kurzarbeitszahlungen nahezu unmöglich:

Steuern und Abgaben. Einige Staaten wie Deutschland entbinden die Arbeitnehmer beim Kurzarbeitergeld von der Pflicht, Steuern und Abgaben zu zahlen. Das tun zum Beispiel Finnland und die Slowakei nicht, deshalb bleibt dort unter dem Strich deutlich weniger übrig als in Staaten, die vermeintlich wenig unterstützen.

Höchstgrenzen. In vielen Ländern wird Kurzarbeitergeld nur bis zu einer bestimmten Höhe gezahlt – und diese Grenzen unterscheiden sich drastisch.

Hinzuverdienst. Bei der Frage, ob sich Kurzarbeiter etwas dazuverdienen dürfen, scheiden sich ebenfalls die Geister. So ist das beispielsweise in den Niederlanden verboten,

während Deutschland diese Möglichkeit anlässlich der Pandemie sogar ausgeweitet hat.

Hinzu kommt, dass sich die Situation fast täglich ändert – regelmäßig werden neue Hilfspakete beschlossen, laufen Regelungen aus oder greifen neue Unterstützungsprogramme:

Die Eurofound-Datenbank zählt mittlerweile fast 500 Politikmaßnahmen, mit denen sich die EU-Mitgliedsstaaten gegen die Krise stemmen.

In Deutschland etwa hat die Bundesregierung schon vor einigen Wochen beschlossen, das Kurzarbeitergeld zu staffeln – je länger es in Anspruch genommen wird, desto höher ist es; bis zu 87 Prozent des Nettolohns sind möglich.

Zudem führt es in die Irre, die Anti-Krisen-Maßnahmen ohne das jeweilige Sozialsystem zu beurteilen. Denn oft bieten die Staaten weitere Unterstützungen, damit zumindest die Grundsicherung gewährleistet ist. Ähnliches gilt für Branchenlösungen oder Tarifverträge – auch die ergänzen oft staatliche Leistungen und stocken sie auf.

Mit diesem Wissen sollte man deshalb auch SURE einordnen, das neue Programm der EU-Kommission.

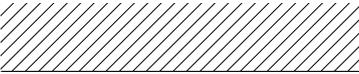
Es soll die Mitgliedsstaaten in der aktuellen Krise dabei unterstützen, Erwerbstätige und Arbeitsplätze zu schützen: SURE stellt Finanzmittel bereit, überlässt aber den EU-Ländern die Auswahl der Maßnahmen, die am besten zum jeweiligen Arbeitsmarkt und Sozialsystem passen (siehe Interview Seite 6–7).

IW-Kurzbericht 62/2020

Holger Schäfer, Helena Schneider, Sandra Vogel:
Kurzarbeit in Europa
iwkoeln.de/kurzarbeit_europa

Kurzarbeitergeld in Europa

So viel Dollar Kurzarbeitergeld erhielt ein alleinstehender Durchschnittsverdiener bei 100-prozentiger Kurzarbeit Ende März 2020

	Kurzarbeitergeld im Monat	Gesamtleistung über maximal mögliche Bezugsdauer	Steuern/Sozialbeiträge sind vom Arbeitnehmer zu zahlen
 Spanien	1.830	43.920	 Nein
 Frankreich	3.004	36.053	Nur Steuern
 Finnland	2.106	28.009	 Ja
 Deutschland	2.028	24.332	 Nein
 Italien	1.614	19.363	Nur Steuern
 Österreich	2.721	16.326	 Nein
 Niederlande	5.436	16.307	 Ja
 Slowakei	1.257	15.088	 Ja
 Vereinigtes Königreich	3.571	10.714	 Ja
 Estland	1.817	3.633	 Nein

Angaben in Dollar zu Kaufkraftparitäten

Quellen: European Trade Union Institute, Institut der deutschen Wirtschaft, OECD
© 2020 IW Medien / iwd

„Kein EU-Staat wird es allein aus dieser Krise schaffen“

Interview. Der Italiener **Marco Piantini** arbeitet im Team des EU-Wirtschaftskommissars Paolo Gentiloni. Piantini hat das Programm SURE zur Unterstützung der Arbeitsmarktpolitik in den EU-Staaten mitentwickelt, das zum 1. Juli 2020 startet. Der iwd sprach mit ihm über das Programm, über Kurzarbeit und darüber, was die Union mit einem Mosaik gemeinsam hat.

Der Essayist Nassim Nicholas Taleb hat in seinem berühmten Buch „Schwarzer Schwan“ über höchst seltene, unwahrscheinliche Ereignisse geschrieben. Die Corona-Pandemie ist – wie die Finanz- und Wirtschaftskrise vor zehn Jahren – wohl genau solch ein Schwarzer Schwan ...

In der Tat. Es ist eine gewaltige Herausforderung. Ich mag es allerdings überhaupt nicht, wenn Leute jetzt sagen, dass man die aktuelle Krise als Chance begreifen und nutzen soll. Vielmehr gilt für mich: Wir müssen uns wegen der Krise weiterentwickeln – auch als EU.

Was genau meinen Sie damit?

Dafür bemühe ich gerne ein Bild, genauer gesagt ein Mosaik – und die EU ist so ein Mosaik. Es gibt nicht das eine Instrument oder die eine Maßnahme, die uns rettet oder die europäische Integration vollendet, sondern viele kleine Teile, die erst in der Summe mit all ihren Farben und Formen ein harmonisches Bild ergeben.

Ist für Sie SURE, das neue Programm der Europäischen Kommission zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten beim Schutz von Erwerbstätigen und Arbeitsplätzen, solch ein Mosaikstein?

Auf jeden Fall. Erst vor wenigen Tagen hat der Europäische Rat beschlossen, dass SURE Realität, sprich Gesetz wird. Jetzt müssen 25 Milliarden Euro an Garantien durch die Mitgliedsstaaten von uns eingesammelt werden, damit wir 100 Milliarden via Kredit über die Kapitalmärkte besorgen können. Damit unterstützt die EU dann Staaten nach einem klar festgelegten Verfahren.

SURE kommt genau zum richtigen Zeitpunkt ...

Aber die Idee war schon sehr lange da – in der politischen Wissenschaft, aber auch im Europäischen

Parlament und im Wahlkampf vor der Europawahl im letzten Frühjahr.

Und dann kam Corona ...

SURE ist tatsächlich eine sehr konkrete Maßnahme, um der Covid-Krise auf europäischer Ebene etwas entgegenzusetzen: Das Programm ist bis Ende 2022 begrenzt und vereint viele Gedanken, die Europa ausmachen: Es setzt auf die Solidarität der Staaten, indem die Länder gemeinsam Schulden machen und den Zinsvorteil, den sie haben, an einzelne Staaten weitergeben.

Gleichzeitig redet keiner den Nationalstaaten in ihre individuelle Arbeitsmarktpolitik rein, die Diversität wird akzeptiert: Die Mitgliedsstaaten können SURE-Hilfen beantragen, um damit die für ihre Nation passenden

„Europa muss einen Mehrwert bieten und den disruptiven Kräften entgegenwirken“

Maßnahmen zur Unterstützung von Kurzarbeit und ähnlichen Instrumenten zu finanzieren.

Ich bin fest davon überzeugt: Wir können in Europa nur Erfolg haben, wenn wir die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten akzeptieren. Gleichzeitig steht für mich fest, dass es kein EU-Staat allein aus dieser Krise schaffen wird.

Deutschland ist vor zehn Jahren dank Kurzarbeit relativ gut durch die Wirtschafts- und Finanzkrise



Foto: Europäische Kommission

gekommen. Aktuell bieten viele Staaten ähnliche Sicherungssysteme an. Ist das der richtige Weg?

Auf jeden Fall. Aus der Krise vor zehn Jahren haben alle Staaten ihre Lehren gezogen. Dass Kurzarbeit ein sehr probates Mittel ist, um nach der Krise rasch wieder auf die Beine zu kommen, ist so eine Lehre. Also ist es sinnvoll, wenn die Nationalstaaten sie nutzen.

Als EU insgesamt haben wir nun übrigens – anders als damals – auch Instrumente, die wir einsetzen können, um Schlimmeres zu verhindern. Zum Beispiel den European Stability Mechanism ESM.

Und eben SURE. Bei SURE werde ich nicht müde zu betonen, wie wichtig es ist, dass wir bei diesem Unterstützungsmechanismus die Vielfalt der EU-Staaten akzeptieren.

Ich halte es für zentral, dass wir den Sozialpartnern, also Gewerkschaften und Verbänden, Betriebsräten und Firmenbossen sowie den jeweiligen Regierungen inhaltlich nicht reinreden.

Sie sind Italiener. Schon vor der Krise ging es Ihrer Heimat finanziell nicht gerade prächtig. Wie lange reicht nun bei den europäischen Sorgenkindern das Geld für all die nötigen Hilfsmaßnahmen? Droht uns eine neue Staatsschuldenkrise?

Natürlich stehen einige Staaten mit Blick auf die Verschuldung besser, teils sogar deutlich besser da als andere. Allerdings bringt es nichts, wenn wir jetzt anfangen, das Thema Staatsverschuldung in aller Breite neuerlich zu diskutieren.

Was ohnehin oft übersehen wird: Die Staaten, deren Verschuldung über 100 Prozent des jeweiligen Bruttoin-

landsprodukts beträgt, sind für über 50 Prozent der Wirtschaftsleistung in der Union verantwortlich. Eine hohe Staatsverschuldung ist also keineswegs das Problem einiger weniger Länder.

Aktuell liegen zwei unterschiedliche Vorschläge auf dem Tisch, wie die Wirtschaft in Europa nach dem Corona-Lockdown wiederbelebt werden könnte. Ein Vorschlag kommt von Deutschland und Frankreich, einer von Österreich, Schweden und Co. Wie beurteilen Sie deren Chancen auf Realisierung?

Tatsächlich hat ja die EU-Kommission, für die ich arbeite, selbst einen Vorschlag gemacht, was zu tun ist. Der wird Grundlage aller künftigen Verhandlungen sein – sowohl zwischen den einzelnen Regierungen als auch im Europäischen Parlament, wo es darum geht, den mehrjährigen Finanzrahmen abzustecken. (Anmerkung der Redaktion: Das Interview wurde vor Veröffentlichung dieses Vorschlags geführt.)

Aber nun zurück zu Ihrer Frage: Ich bin keinesfalls schockiert, dass Regierungen unterschiedliche Ansichten haben und entsprechende Vorschläge präsentieren. Geschockt wäre ich, wenn es Europa nicht gelänge, eine ambitionierte Antwort auf diese nie da gewesene Krise zu geben.

Letztlich geht es immer – auch jetzt – darum, welchen Mehrwert die Europäische Union ihren Mitgliedern bieten kann. Nur mit solch einem Mehrwert können wir uns als Europäer gegen disruptive Kräfte stemmen und eine Fragmentierung der EU verhindern.

Und genau diesen Mehrwert kann Europa in dieser Krise unter Beweis stellen. Darauf hoffe ich.

Die Fachkräftelücke schrumpft

MINT-Frühjahrsreport.

Die durch das Coronavirus ausgelöste Wirtschaftskrise und der damit verbundene Rückgang offener Stellen machen sich auch im MINT-Bereich bemerkbar. In fast allen MINT-Berufen schrumpft im Vergleich zu den Vorjahren die Arbeitskräftelücke.

Die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft hängt zu einem großen Teil von der Erwerbstätigkeit im MINT-Bereich ab – also von Arbeitskräften in den Fachrichtungen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Das gilt vor allem für die Metall- und Elektro-Industrie, die im Branchenvergleich viel Geld in neue Produkte und Prozesse investiert:

Die M+E-Unternehmen waren 2018 mit Forschungsinvestitionen von mehr als 104 Milliarden Euro für rund 61 Prozent aller volkswirtschaftlichen Innovationsaufwendungen verantwortlich.

Zudem beschäftigt die M+E-Industrie überdurchschnittlich viele MINT-Beschäftigte – und ihre Zahl steigt (Grafik):

Einen besonders hohen Zuwachs an Beschäftigten in der M+E-Industrie gab es zwischen 2012 und 2019 mit rund 25 Prozent in den MINT-Expertenberufen.

Von den insgesamt 2,68 Millionen MINT-Beschäftigten in der M+E-Industrie entfielen 2019 rund 68 Prozent auf die MINT-Facharbeiterberufe, 16 Prozent auf die MINT-Spezialisten, also in der Regel Meister oder

Techniker, und 15 Prozent auf die akademischen MINT-Experten. Trotzdem herrschen seit Jahren branchenübergreifende Engpässe, die die Innovationsstärke der deutschen Wirtschaft hemmen.

Diese Engpässe bestehen zwar noch immer, doch die Corona-Pandemie bleibt nicht ohne Folgen: Seit März 2020 sind nicht nur viele Arbeitnehmer in Kurzarbeit, auch die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen und es gibt weniger offene Stellen in den MINT-Berufen: Hier fehlten im

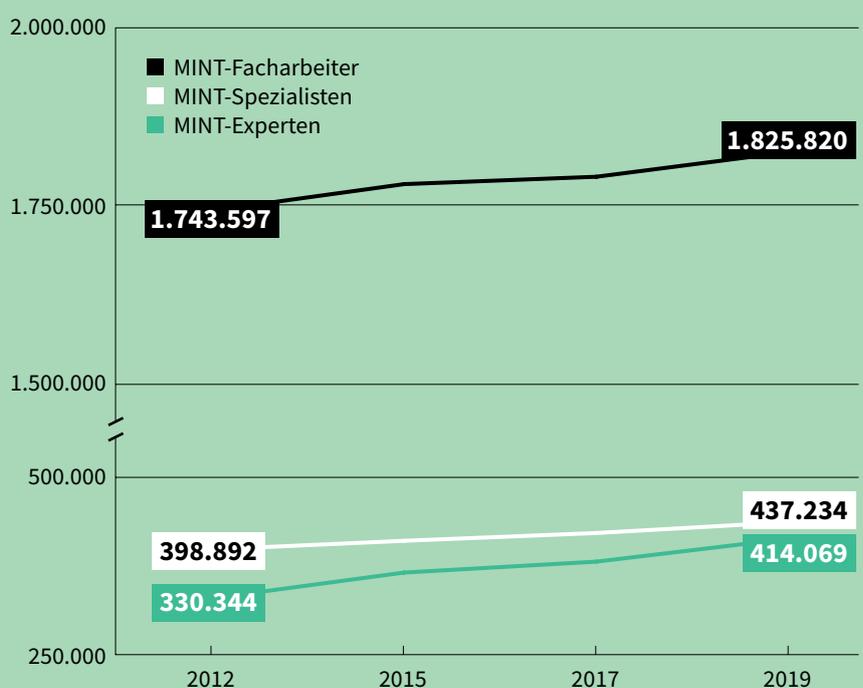
Mai 2020 insgesamt 126.700 Arbeitskräfte – gegenüber Mai 2019 ein Rückgang von 59 Prozent. Noch im Februar 2020 erreichte die sogenannte MINT-Lücke den üblichen Durchschnittswert der Vorjahre – zwei Monate später war sie deutlich kleiner (Grafik Seite 9):

Im Vergleich zu den Jahren 2014 bis 2019 verringerte sich die MINT-Lücke in Deutschland im Mai 2020 um 42 Prozent.

Da viele Industrieunternehmen ihre Produktion über Wochen

M+E-Industrie: MINT-Beschäftigung steigt

So viele MINT-Beschäftigte arbeiteten in Deutschland in der M+E-Industrie



Experten: meist Akademiker
Spezialisten: meist Techniker und Meister
Facharbeiter: meist Ausbildungsabsolventen

MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
Stand: viertes Quartal 2012, jeweils drittes Quartal 2015–2019

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

unterbrechen mussten, war der Rückgang offener Stellen im Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Metallverarbeitung besonders heftig.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den Beschäftigten in IT-Berufen: Der Engpass hier ging nur leicht zurück und ist mit 33.000 weiterhin sehr hoch. Denn Unternehmen aller Branchen passen ihre Geschäftsmodelle – auch getrieben durch die Erfahrungen der vergangenen Monate – an, wodurch die Digitalisierung stark voranschreitet und die Betriebe immer mehr IT-Beschäftigte benötigen.

Das Homeschooling führt ebenfalls zu einer stark steigenden Nachfrage nach digitalen Lösungen in Schulen und Bildungseinrichtungen. Dies dürfte den Bedarf nach IT-Kräften in den nächsten Monaten nochmals deutlich erhöhen:

Allein um die gut 40.000 Schulen in Deutschland bei der Digitalisierung unterstützen zu können, wären 20.000 zusätzliche IT-Experten und IT-Fachkräfte nötig.

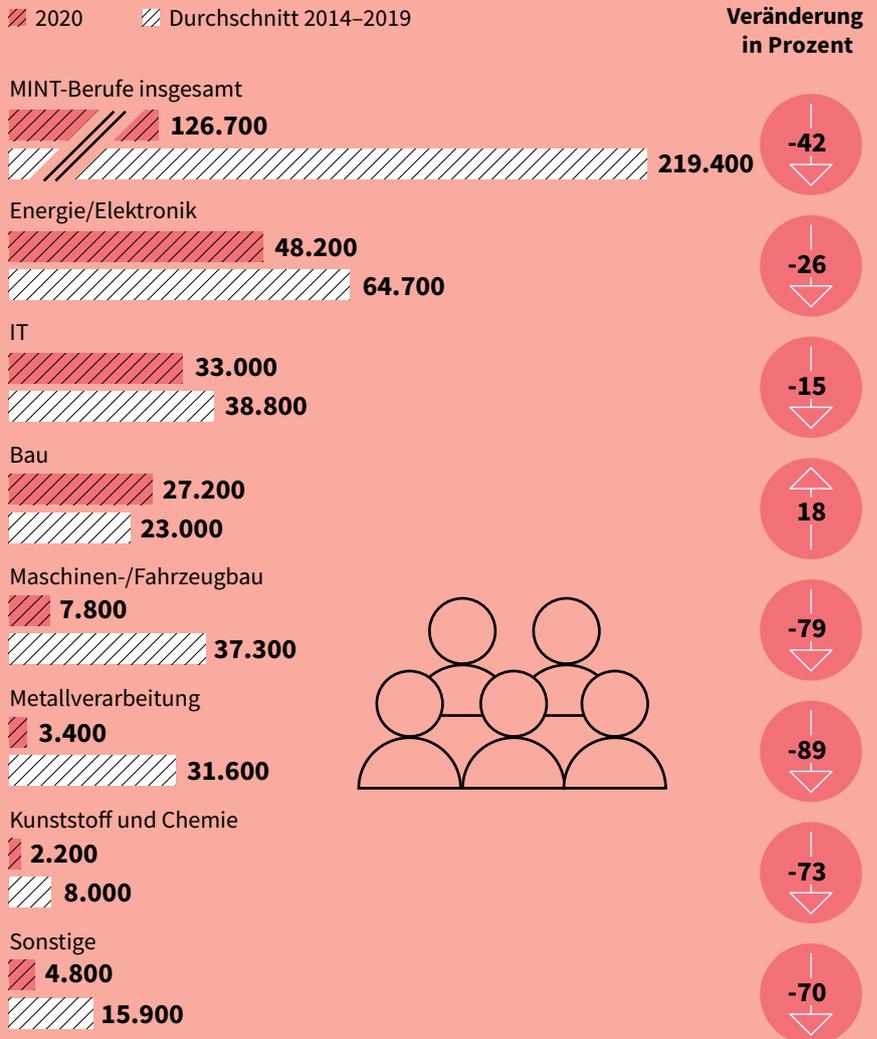
Vor diesem Hintergrund gilt es Wege zu finden, den Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten MINT-Beschäftigten zu decken:

Bildungsgerechtigkeit müsste in Deutschland stärker gefördert werden. Gerade die MINT-Fächer bieten Bildungsaufsteigern große Chancen. Da Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten von ihren Eltern im Homeschooling oft nicht ausreichend unterstützt werden können, droht allerdings eine steigende Bildungsarmut. Daher sollten Konzepte für eine Kombination von Präsenz- und digitalem Fernunterricht entwickelt und diese Kinder gezielt gefördert werden.

Digitale Bildung hat in der Corona-Krise an Bedeutung gewonnen. Allerdings hat Deutschland bei der Computerausstattung an Schu-

MINT-Lücke schrumpft stark – Ausnahme IT und Bau

So viele Stellen konnten im Mai des jeweiligen Jahres in den MINT-Berufen in Deutschland nicht besetzt werden



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

iwd

len immer noch großen Nachholbedarf. Nur ein Fünftel der Schulen nutzte 2018 digitale Geräte im Unterricht. Gerade wegen des IT-Fachkräftemangels ist es daher notwendig, die digitale Bildung zu stärken und Schüler mit digitalen Lernkonzepten besser zu fördern.

MINT-Bildung brächte langfristigen Erfolg. Hierzu sollten die Versorgung mit MINT-Lehrkräften gesichert und bereits eingesetzte Seiteneinsteiger intensiv weitergebildet

werden. Erreichen lässt sich dies auch, indem mehr Spaß an Naturwissenschaften vermittelt wird. Viele Mentorenprogramme oder Schüler-Wettbewerbe leisten hierbei wichtige Impulse und sollten weiter gestärkt werden.

IW-Gutachten
MINT-Frühjahrsreport 2020
 Christina Anger, Enno Kohlisch, Oliver Koppel,
 Axel Plünnecke, Ruth Maria Schüler
iwkoeln.de/mint-frühjahrsreport

Kämmerer in Not

Kommunen. Weil die Städte und Gemeinden unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie besonders leiden, hat der Koalitionsausschuss am 3. Juni zahlreiche Hilfen für die Kommunen beschlossen. Eine neue IW-Studie zeigt allerdings, dass die finanzielle Schieflage vielerorts keineswegs neu ist – in vielen Bundesländern stecken die Gemeinden schon seit Jahren in der Zwickmühle aus hoher Verschuldung und niedrigen Investitionen.

Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren dank der guten Konjunktur etwas entspannt. Gleichwohl wurde schon vor der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen lange darüber diskutiert, wie es den Städten und Gemeinden gelingen kann, ihre meist hohe Verschuldung abzubauen – und damit ihre Investitions- und Handlungsfähigkeit wiederherzustellen.

Das IW hat sich die kommunalen Finanzen vor der Corona-Krise angeschaut und die Kommunen dazu in vier Bundesländergruppen – ohne die Stadtstaaten – eingeteilt, um so die regionalen Unterschiede zu verdeutlichen. NRW, das vom Gesamtvolumen her die höchste Verschuldung aufweist, ist gesondert betrachtet worden. Die Ergebnisse:

Kassenkredite. Diese Liquiditätskredite sind mit dem Dispositionskredit privater Haushalte vergleichbar und dienen den Kommunen dazu, ihren kurzfristigen Finanzbedarf zu decken (Grafik):

Während die Kassenkredite 2018 in den Süd-Ländern Baden-Württemberg und Bayern mit 16 Euro pro Einwohner so gut wie keine Rolle spielten und in den

vergangenen 20 Jahren sogar gesunken sind, haben sie sich in NRW auf 1.305 Euro verachtfacht.

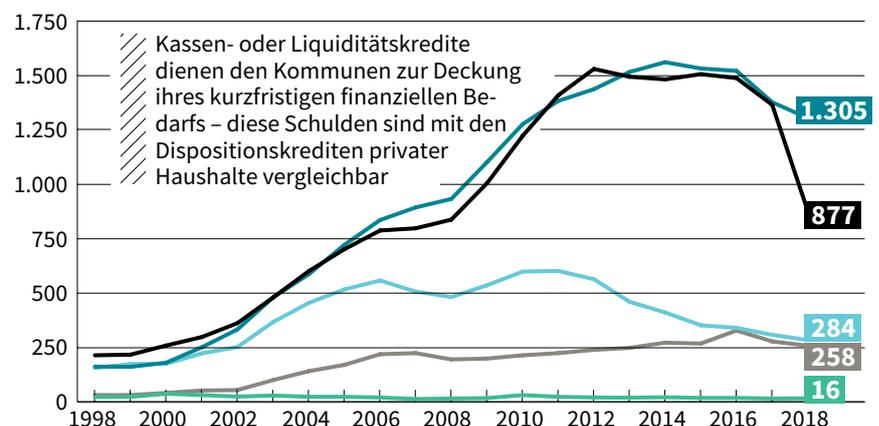
Noch etwas mehr haben sich die Kassenkredite in den ostdeutschen Bundesländern erhöht, das aktuelle Niveau ist dort mit 258 Euro pro Einwohner jedoch deutlich geringer.

In den West-Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland sind die Kassenkredite seit 1998 insgesamt auf das Vierfache gestiegen, in den Nord-Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben sie sich insgesamt knapp verdoppelt.

Kommunale Verschuldung: Hohes Niveau an Kassenkrediten

in Euro je Einwohner in Preisen von 2019

- West-Länder (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)
- Nordrhein-Westfalen
- Nord-Länder (Niedersachsen, Schleswig-Holstein)
- Ost-Länder (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)
- Süd-Länder (Baden-Württemberg, Bayern)



Kassenkredite: nur Kernhaushalte, einschließlich Gemeindeverbände, ohne Stadtstaaten

Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Ähnliche Unterschiede gibt es bei den sonstigen Krediten der Kommunen. Pro Einwohner gerechnet waren 2018 die West-Länder mit 1.939 Euro am höchsten verschuldet, NRW folgt mit 1.409 Euro, die Nord-Länder kommen auf 1.376 Euro, die Süd-Länder auf 720 Euro und die ostdeutschen Bundesländer auf 612 Euro pro Kopf.

Sozialausgaben. Die vor allem in den West-Ländern und NRW deutlich gestiegene Verschuldung hat vor allem einen Grund – die seit Jahren steigenden Sozialausgaben:

Im Jahr 2002 lagen die kommunalen Sozialausgaben zwischen 550 und 950 Euro pro Einwohner – inzwischen sind es zwischen 1.200 und 1.650 Euro.

Die Niveauunterschiede zwischen den Ländergruppen haben sich dabei kaum verändert. So liegt NRW am aktuellen Rand mit kommunalen Sozialausgaben von rund 1.650 Euro pro Einwohner gut ein Drittel über dem Niveau Süd- und Ostdeutschlands sowie ein Siebtel über der West- und der Nord-Gruppe.

Das Fatale an den steigenden Sozialausgaben ist, dass sie zulasten der Investitionen gehen:

Jeder Euro, den die Kommunen mehr für Soziales ausgeben, senkt die Pro-Kopf-Investitionen kurzfristig um 37 Cent und langfristig sogar um 1,52 Euro.

In den West-Ländern zum Beispiel sind die Investitionen pro Einwohner seit Anfang der 2000er Jahre um 50 Euro auf 300 Euro zurückgegangen, in den ostdeutschen Ländern sanken sie um 100 Euro auf 350 Euro.

Steuereinnahmen. Grundsätzlich zeigen die Steuereinnahmen der Kommunen seit 2002 – unterbrochen von der Finanzkrise 2008/2009 – einen Aufwärtstrend. Allerdings gibt es auch hier markante Niveauunterschiede zwischen den Länder-Gruppen. Die höchsten Steuereinnahmen

haben aktuell die südlichen und westlichen Bundesländer sowie NRW mit jeweils rund 1.500 Euro pro Einwohner. Die Nord-Länder fallen mit 1.200 Euro pro Kopf schon deutlich ab; und die ostdeutschen Bundesländer kommen sogar nur auf knapp 900 Euro pro Einwohner.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie dürften die Diskussion um die Neuordnung der kommunalen Finanzen noch verschärfen. Denn der wochenlange Lockdown nimmt die Städte und Gemeinden in die Zange: Auf der einen Seite steigen ihre Sozialausgaben – zum Beispiel durch die höhere Arbeitslosigkeit – und auf der anderen Seite sinken ihre Steuereinnahmen (Grafik):

Gemessen am Gewerbesteuer-aufkommen der Länder im Jahr

2018 verlieren die Kommunen in diesem Jahr voraussichtlich bis zu 31 Prozent ihrer Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

Angesichts der dramatischen Entwicklung in den vergangenen Jahren und der Zuspitzung durch die Corona-Pandemie musste der Bund handeln – und hat das mit seinen Beschlüssen vom 3. Juni getan. Für die Kommunen war dies eine wichtige und notwendige Hilfe – doch die grundsätzlichen Probleme werden damit nicht behoben.

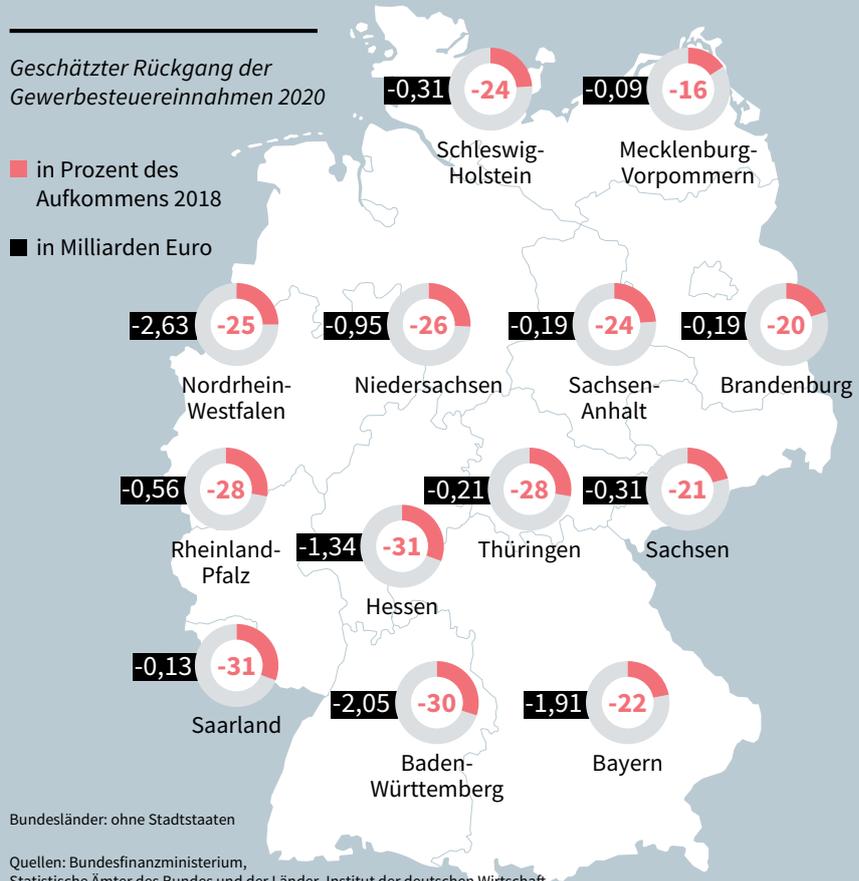
IW-Policy Paper 15/2020

Martin Beznoska, Björn Kauder:
Schieflagen der kommunalen Finanzen
– Ursachen und Lösungsansätze
iwkoeln.de/kommunale-finanzen

Bundesländer: Gewerbesteuerereinnahmen brechen ein

Geschätzter Rückgang der Gewerbesteuerereinnahmen 2020

■ in Prozent des Aufkommens 2018
■ in Milliarden Euro



Bundesländer: ohne Stadtstaaten

Quellen: Bundesfinanzministerium, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

Besser Mensch als Firma

Unternehmensstrafrecht. Seit Jahren wünschen sich verschiedene Interessensgruppen, dass in Deutschland auch Firmen – und nicht nur ihre Führungskräfte und Mitarbeiter – strafrechtlich belangt werden können. Jetzt gibt es dazu einen Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums. Die Pläne haben aber viele Tücken.

Wer ist schuld? Juristisch betrachtet, fällt die Antwort auf diese Frage oft schwer – es fängt schon damit an, wer überhaupt schuldig sein kann: Nach vorherrschender Meinung muss sich ein Täter aktiv für Unrecht entscheiden. Soll nun aber ein Unternehmen die Schuld für etwas tragen, müsste es über ein entsprechendes Bewusstsein verfügen.

Doch trotz dieser Grundproblematik haben die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag 2018 vereinbart, das Sanktionsrecht für Unternehmen neu zu ordnen. Inzwischen formuliert ein Referentenentwurf das „Gesetz zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft“; ursprünglich war noch vom „Gesetz zur Bekämpfung der Unternehmenskriminalität“ die Rede.

Dreierlei soll künftig fundamental anders laufen:

Deutlich höhere Strafen. Schon heute drohen Firmen Sanktionen, wenn sie mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Laut Ordnungswidrigkeitenrecht liegt die Höchstgrenze für Geldbußen bei 10 Millionen Euro. Künftig wären bis zu 10 Prozent des weltweiten Konzernjahresumsatzes denkbar – unter Umständen also Milliarden.

Kein Ermessensspielraum mehr. Bislang entscheidet die zuständige

Staatsanwaltschaft, ob sie nur gegen Firmenbosse oder auch gegen das Unternehmen ermittelt. Dieses sogenannte Opportunitätsprinzip soll es nicht mehr geben: Bei einem Anfangsverdacht muss auch gegen die Firma ermittelt werden.

Bonus für Wohlverhalten. Wenn Unternehmen eine gute Compliance-Struktur haben, also intern alles tun, um Straftaten zu verhindern und aufzuklären, soll sich das sanktionsmildernd auswirken, ebenso eine umfassende Kooperation mit den Behörden.

Diese Pläne des Ministeriums haben eine ganze Reihe von Fallstricken:

• **Doppelbestrafung:** In Deutschland gibt es viele Personengesellschaften, deshalb könnte es in der neuen Rechtslogik leicht zur Bestrafung einer Person auf zwei Kanälen kommen – als Mensch und als Firma. Dies widerspricht aber dem juristischen Grundsatz, dass man nicht mehrfach für das gleiche Vergehen bestraft werden kann.

• **Bürokratie:** Es soll sich positiv auswirken, wenn Firmen Fehlverhalten im eigenen Haus aufspüren. Doch entsprechende Compliance-Abteilungen und interne Ermittler kosten Geld und verursachen Bürokratie. Vor allem, wenn die

Erkenntnisse später wohlsortiert an die Staatsanwaltschaft weitergegeben werden sollen. Letzteres ist auch juristisch problematisch – denn wer zukünftig wem was wann noch vertraulich mitteilen kann, ist schwer nachvollziehbar.

• **Mithaftung:** Indem auch die Firma zur Rechenschaft gezogen wird, können unschuldige Mitarbeiter zumindest indirekt bestraft werden – zum Beispiel, wenn sie aufgrund hoher Strafzahlungen ihren Job verlieren.

• **Generalverdacht:** Wird künftig strafrechtlich gegen Firmen ermittelt, würden alle Beschäftigten schnell unter Generalverdacht gestellt – schließlich sucht die Öffentlichkeit die Schuld weiterhin bei Individuen.

• **Fehlende Kapazitäten:** Schon heute sind Staatsanwaltschaften und Gerichte oft überlastet. Wenn künftig umfassend gegen Firmen ermittelt und Anklage erhoben wird, dürfte das das System weiter lähmen.

Aus all diesen Gründen zweifeln viele Wirtschaftsvertreter daran, dass das geplante Gesetz mehr nutzt als schadet. Sie argumentieren, dass die bisherigen rechtlichen Instrumente – richtig angewendet – ausreichen, um Unternehmen auf dem Pfad der Tugend zu halten.

Finanzieller Stresstest

Öffentliche Haushalte. Zusätzliche Ausgaben wegen der Corona-Krise und gleichzeitig wegbrechende Einnahmen – den öffentlichen Haushalten in Deutschland stehen schwierige Zeiten bevor.

Jahrelang waren die öffentlichen Haushalte nur gute Nachrichten gewöhnt. Das Staatskonto – also im Wesentlichen die Finanzen von Bund, Ländern, Gemeinden und den Sozialversicherungen – war insgesamt entweder ausgeglichen oder verzeichnete Milliardenüberschüsse. Nun aber zeigen die Prognosen ein ganz anderes Bild (Grafik):

Nachdem das Staatskonto für 2019 noch einen Überschuss von 50 Milliarden Euro auswies, wird für 2020 ein Minus von 265 Milliarden Euro erwartet.

Die Gründe für diesen drastischen Rückgang: Auf der einen Seite gehen infolge des Lockdowns die Einnahmen zurück – allein bei den Steuern tut sich von 2019 auf 2020 ein Loch von gut 100 Milliarden Euro auf. Das trifft vor allem die Kommunen.

Auf der anderen Seite steigen die staatlichen Ausgaben:

Arbeitslosengeld und Kurzarbeit. Für die vermehrte Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld I und Kurzarbeit muss die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Jahr 2020 Mehrkosten in Höhe von rund 32 Milliarden Euro einkalkulieren.

Damit wären ihre Rücklagen von 26 Milliarden Euro aus dem Jahr 2019 vollständig aufgezehrt und der Bund müsste das verbleibende Defizit ausgleichen.

Rentenversicherung. Zwar geht die Prognose davon aus, dass sich die Ausgaben gemäß dem aktuellen Rentenbericht entwickeln. Allerdings drohen Corona-bedingte Mehrausgaben, wenn Beschäftigte, die aufgrund von Insolvenzen oder Personalabbau von Arbeitslosigkeit betroffen sind, vermehrt in den vorzeitigen Ruhestand wechseln. Wenn sich die Unterbeschäftigung verfestigt, wird es auch zu dauerhaften Beitragsausfällen in den übrigen Sozialversicherungen kommen.

Alles in allem werden die Staatsausgaben von rund

45 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2019 auf 55 Prozent im Jahr 2020 steigen.

Das wird – aufgrund der sinkenden Einnahmen – dazu führen, dass der Finanzierungssaldo von plus 1,4 Prozent des BIP auf minus 8 Prozent dreht.

IW-Report 25/2020

Hubertus Bardt, Martin Beznoska, Markus Demary, Michael Grömling, Michael Hüther, Jürgen Matthes, Jochen Pimpertz, Holger Schäfer: Gewaltiger Einbruch und nur allmähliche Erholung – IW-Konjunkturprognose Frühsommer 2020
iwkoeln.de/konjunkturprognose

Öffentliche Haushalte: Der Corona-Effekt

in Milliarden Euro

	2019	2020	2021
Einnahmen insgesamt	1.609	1.481	1.607
darunter:			
Steuern	826	720	821
Sozialbeiträge	598	585	598
Ausgaben insgesamt	1.559	1.746	1.739
darunter:			
Sozialleistungen	846	935	955
Arbeitnehmerentgelte	272	276	281
Bruttoinvestitionen	85	90	98
Subventionen	32	33	34
Finanzierungssaldo	50	-265	-132
	in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		
Staatsquote	45,4	55	50
Abgabenquote	41,0	41	41
Steuerquote	24,4	23	24
Finanzierungssaldo	1,4	-8	-4

2020 und 2021: Prognosen; Staatsquote: Staatsausgaben in Prozent des BIP; Abgabenquote: Steuern einschließlich Steuerzahlungen an die EU sowie Sozialbeiträge ohne unterstellte Sozialbeiträge der Beamten; Steuerquote: Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften einschließlich Steuerzahlungen an die EU

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Regionalentwicklung: Ländlicher Raum stark verbessert

IW-Regionalranking. Bayern dominiert weiterhin das Regionalranking der IW Consult. Im Vergleich zu 2018 konnten sich aber viele ländliche Regionen in anderen Teilen des Landes verbessern. Auch aus dem Osten Deutschlands.

An der Spitze bleibt im Niveau alles unverändert: Wie 2018 belegt der Landkreis München – also jener Kreis, der im Norden, Osten und Süden die Stadt München umschließt – den ersten Platz im IW-Regionalranking. Das Ranking untersucht und bewertet sowohl die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt als auch die Lebensqualität der 401 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland.

Größte Pluspunkte des Landkreises München sind die exzellenten Bedingungen für die lokale Wirtschaft, die räumliche Nähe zu Universitäten und ein hoher Anteil an wissensintensiven Dienstleistungen wie Forschung, Entwicklung, Wirtschaftsprüfung oder Unternehmensberatung. Dadurch gibt es dort viele Hochqualifizierte und es arbeiten prozentual deutlich mehr Frauen als im bundesweiten Durchschnitt.

Wie weitere angrenzende Landkreise profitiert der Landkreis München stark von der gleichnami-

IW-Regionalranking 2020: Die Top Ten

Für das Regionalranking 2020 der IW Consult wurden die 401 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland anhand von 14 Indikatoren bewertet

Niveau: Punktzahl in den Bereichen Arbeitsmarkt, Lebensqualität und Wirtschaftsstruktur
Dynamik: Punktzahl für die Entwicklung seit 2018

■ Niveau		■ Dynamik	
Landkreis München	61,2	Landkreis Mainz-Bingen	58,3
München	56,9	Suhl	54,1
Coburg	56,0	Landkreis München	53,9
Landkreis Starnberg	55,8	Landkreis Teltow-Fläming	53,7
Frankfurt am Main	55,4	Coburg	53,4
Main-Taunus-Kreis	54,9	Landkreis Mettmann	53,4
Landkreis Dahme-Spreewald	54,9	Düsseldorf	53,2
Hochtaunuskreis	54,7	Ldkr. Neustadt an der Waldnaab	53,1
Erlangen	54,5	Hochtaunuskreis	53,1
Landkreis Ebersberg	54,3	Landkreis Tirschenreuth	53,0

Punkte: Eine Region, die bei allen Indikatoren jeweils den Mittelwert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

gen Landeshauptstadt, die Platz zwei im Ranking der IW Consult belegt.

Mit den Landkreisen Starnberg, Ebersberg, Miesbach, Erding, Freising, Dachau und Pfaffenhofen an der Ilm befinden sich sieben weitere Regionen aus dem Großraum München unter den besten 20.

Ähnliche Ausstrahlungseffekte wie in München sind in Frankfurt zu erkennen: Die Metropole am Main rangiert auf Platz fünf, der nahegelegene Main-Taunus-Kreis und der Hochtaunuskreis auf den Plätzen sechs und acht.

Erstmals zählt auch eine Region in Ostdeutschland zu den erfolgreichsten Regionen in Deutschland (Grafik Seite 14):

Der siebtplatzierte Landkreis Dahme-Spreewald im südlichen Brandenburg profitiert von einer hohen Lebensqualität und günstigen wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen.

Die vordere Platzierung des Landkreises Dahme-Spreewald ist auch Ausdruck des Aufholprozesses ostdeutscher Regionen:

Im Jahr 2014 zählten 39 ostdeutsche Regionen zu den schwächsten 50 Regionen Deutschlands. 2018 waren es noch 20, im aktuellen Ranking sind es lediglich 15.

Die südlich an Berlin grenzenden Landkreise entwickeln sich aufgrund von Ausstrahlungseffekten der Hauptstadt besonders gut.

Regionale Gruppen lassen sich aber nicht nur im vorderen Bereich des Rankings erkennen, sondern auch am Ende: Vier der letzten zehn Ränge werden von Ruhrgebietsstädten belegt. Norddeutschland ist ebenfalls viermal vertreten.

Neben dem aktuellen Niveau erfasst die IW Consult auch die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in den Regionen und Städten.

Auffällig ist dabei, dass sich vor allem ländliche Regionen in den

IW-Regionalranking 2020: Die Aufsteigerregionen

Diese Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland, die im IW-Regionalranking 2018 noch zu den Underperformern gehörten, haben sich seither am dynamischsten entwickelt

Suhl	54,1
Landkreis Steinburg	52,9
Lübeck	52,6
Landkreis Wesermarsch	52,4
Leipzig	52,1

Punkte: Eine Region, die bei allen Indikatoren jeweils den Mittelwert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

vergangenen Jahren stark verbessert haben. So liegt der Landkreis Mainz-Bingen in Sachen Dynamik mit Abstand auf dem ersten Platz: Viele neue, aber auch bereits länger ansässige Unternehmen sorgen dort für hohe Gewerbesteuererinnahmen.

Die Stadt Suhl folgt auf dem zweiten Platz, gefolgt vom Landkreis München. Auch der Hochtaunuskreis und die Landkreise Tirschenreuth und Teltow-Fläming gehören zu den zehn dynamischsten Regionen Deutschlands.

Oftmals sind es sogenannte Hidden Champions, also relativ unbekannte Marktführer, die den ländlichen Räumen zu mehr Wohlstand verhelfen.

Die Kaufkraft liegt in den zehn stärksten ländlich gelegenen Regionen um rund sechs Prozent über dem deutschen Durchschnitt.

Neben den jeweiligen Top Ten gibt es noch weitere Gewinner im Ranking – die Aufsteigerregionen. Sie zählten 2018 mit niedrigen Niveau- und Dynamikwerten noch zu den Underperformern, punkten aber nun

durch eine hohe Dynamik. Aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus bieten sie besonders viel Potenzial für wirtschaftlichen Aufschwung (Grafik):

Mit Lübeck und Leipzig gehören zwei Städte zu den großen Aufsteigern.

Während Leipzigs Bevölkerung sich in den letzten Jahren verjüngt hat und die Straftaten sowie die private Überschuldung überdurchschnittlich zurückgegangen sind, wurden in Lübeck sehr viele Gewerbe neu gegründet und die wissenschaftlichen Dienstleistungen sind stark gewachsen.

Angesichts der andernorts messbaren Ausstrahlungseffekte von Städten auf ihr Umland bietet die positive Entwicklung dieser Zentren ebenfalls große Entwicklungschancen für die umliegenden Landkreise.

IW-Trends

Vanessa Hünne Meyer, Hanno Kempermann:
Ländliche Regionen in Deutschland – Ergebnisse des IW-Regionalrankings 2020
iwkoeln.de/regionalranking-2020

Zahl der Woche



ist die Zahl der auszubildenden Hebammen bzw. Entbindungspfleger vom Schuljahr 2008/2009 zum Schuljahr 2018/2019 gestiegen. Zuletzt erlernten 2.688 Schüler diesen Ausbildungsberuf, der hauptsächlich von Frauen ausgeübt wird – im Jahr 2019 waren nur drei Auszubildende Männer. Trotz der gestiegenen Ausbildungszahlen herrscht in Deutschland immer noch ein Hebammenmangel. Deshalb werden ausländische Fachkräfte immer wichtiger: 2018 wurden in Deutschland 274 Verfahren zur Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation abgeschlossen – mehr als dreimal so viele wie 2013. Eine weitere Maßnahme gegen den Fachkräftemangel ist die Akademisierung des Hebammenberufs. So ist der Jahrgang 2018/2019 der letzte, der den Beruf in einer dualen Ausbildung erlernt: Seit Januar 2020 machen die angehenden Hebammen und Entbindungspfleger ihren Abschluss innerhalb eines Bachelor-Studiengangs.

Top-Liste: Wo die Rente sicher ist

Im April starb der CDU-Politiker Norbert Blüm, einst Bundesarbeitsminister. Unsterblich ist indes sein Ausspruch „Die Rente ist sicher“. Schon 1986 nutzte er ihn im Wahlkampf, 1997 wiederholte er die Aussage dann im Bundestag, als es in einer hitzigen Debatte darum ging, das Rentensystem zukunftsfähig zu machen. Bis heute versuchen sich die jeweils regierenden Parteien immer wieder an einer Rentenreform; allerdings nur mit mäßigem Erfolg, wenn man dem Global Pension Report der Allianz-Versicherungsgruppe glaubt. Für ihren Index hat die Allianz in den Kategorien Ausgangslage, Nachhaltigkeit und Angemessenheit die Rentensysteme von insgesamt 70 Staaten miteinander verglichen. Deutschland landet im Gesamtranking lediglich auf Platz 26, also im oberen Mittelfeld. An die Spitze schaffen es drei andere europäische Staaten – Schweden, Belgien und Dänemark.

Deutsches Rentensystem: Weit weg von der Weltspitze

So bewertet der Allianz Pension Index 2020 die Rentensysteme in 70 Staaten auf einer Skala von 1 (bestmöglicher Wert) bis 7 (schlechtester Wert)

Rang	Land	Gesamtwert	Rang	Land	Gesamtwert
1	Schweden	2,91	4	Neuseeland	3,00
2	Belgien	2,92	5	USA	3,04
3	Dänemark	2,96	26	Deutschland	3,56

Quelle: Allianz Economic Research
© 2020 IW Medien / iwd